

P R O T O K O L L

über die Sitzung **des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr** der Stadt Burgdorf am **01.11.2022** im Veranstaltungszentrum StadtHaus, Sorgenser Str. 31, 31303 Burgdorf

19.WP/A-WALV/009

Beginn öffentlicher Teil: 17:05 Uhr
Beginn vertraulicher Teil: 20:29 Uhr

Ende öffentlicher Teil: 20:28 Uhr
Ende vertraulicher Teil: 20:57 Uhr

ANWESENHEIT:

Bürgermeister

Pollehn, Armin ab TOP 3

Vorsitzender

Palandt, Jens

Mitglied/Mitglieder

Apel, Robert
Baumgarten, Claudia
Gawlik, Mario
Paul, Susanne
Schweer, Cord-Heinrich
Thieleking, Ariane

Grundmandatar/e

Fleischmann, Michael bis TOP 10

stellv. Mitglied/Mitglieder

Degro, Johanna Vertretung für Herrn Björn Sund

stellv. Grundmandatar/e

Kaever, Volkhard, Dr. Vertretung für Herrn Dirk Bierkamp

Beratende/s Mitglied/er

Auerbach, Stefan
Wackermann, Lutz
Wortmann, Thomas

Verwaltung

Brinkmann, Jan-Hinrich bis TOP N1
Fritz, Petra
Frommelt, Danielle
Krause, Julia
Vierke, Silke
Vollmert, Claudia bis TOP 9

Gäste:

Herr Mazur PGT Umwelt und Verkehr GmbH
zu TOP 4 bis 6

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr am 23.08.2022
 - 2.1. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr am 08.09.2022
 - 2.2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr am 26.09.2022
3. Mitteilungen des Bürgermeisters
4. Mobilitätskonzept: Ergebnisse der Workshops sowie Bearbeitungsstand und weitere Vorgehensweise (Bericht Büro PGT)
5. Sofortprogramm "Perspektive Innenstadt" - Änderungsantrag zur Beschlussvorlage 2022 0180 "Fußgängerzone zwischen Post und Adria Eiscafé" von Herrn Fleischmann, Die Linke, vom 16.06.2022
Vorlage: A 2022 0180/1
6. Neubau einer Brücke über die Bundesstraße 188 neu in Verlängerung des Ahrbergenweges - Antrag gem. Geschäftsordnung der FDP-Fraktion
Vorlage: A 2022 0222
7. Stellenplan 2023/2024
Vorlage: BV 2022 0320
8. Entwurf Haushaltssatzung 2023 / 2024
Vorlage: BV 2022 0314
9. Entwurf Investitionsprogramm 2023 / 2024
Vorlage: BV 2022 0315
10. Abdeckung der Kalirückstandshalde in Wathlingen
- Ergebnis des Mediationsverfahrens
Vorlage: BV 2022 0305
11. Anfragen gemäß Geschäftsordnung
 - 11.1. Anfrage zur Erhöhung der Verkehrssicherheit vom 22.09.2022 der WGS Freie-Burgdorfer
Vorlage: F 2022 0321
12. Anregungen an die Verwaltung

Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende, **Herr Palandt**, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Auf Wunsch des Antragstellers, **Herrn Gawlik**, soll TOP 6 von der Tagesordnung abgesetzt werden. Über den Neubau einer Brücke über die B188 soll zunächst im Rahmen des Mobilitätskonzeptes, dort im Zusammenhang mit den Bahnquerungen, diskutiert werden. Erst danach soll die Vorlage wieder zur Beratung auf die Tagesordnung des A-WALV.

Beschluss:

TOP 6 „Neubau einer Brücke über die B188“ wird von der Tagesordnung abgesetzt. Die geänderte Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr am 23.08.2022

Von den Anwesenden haben nur zwei Personen an der Sitzung teilgenommen, weshalb sich die anderen bei der Abstimmung enthalten.

Beschluss:

Das Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr vom 23.08.2022 wird einstimmig mit 6 Enthaltungen genehmigt.

2.1. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr am 08.09.2022

Beschluss:

Das Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr vom 08.09.2022 wird einstimmig genehmigt.

2.2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr am 26.09.2022

Beschluss:

Das Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr vom 26.09.2022 wird einstimmig mit 2 Enthaltungen genehmigt.

3. **Mitteilungen des Bürgermeisters**

1. Frau Vollmert berichtet, dass über die Planung zur Einrichtung einer Fahrradstraße zur Rudolf-Bembenneck-Gesamtschule (RBG) eine Einwohnerversammlung am 16.11.2022, 17 Uhr, in der Aula der RBG (Vor dem Celler Tor 91) stattfindet. In der Versammlung sollen die Anlieger über das Konzept informiert werden. Die Ausschussmitglieder sind hierzu eingeladen.

2. Frau Fritz stellt sich als neue Wirtschaftsförderin den Anwesenden vor.

4. **Mobilitätskonzept: Ergebnisse der Workshops sowie Bearbeitungsstand und weitere Vorgehensweise (Bericht Büro PGT)**

Herr Mazur vom Büro PGT stellt den Zwischenbericht zum Mobilitätskonzept anhand einer Präsentation vor.

*Die Präsentation ist aus ökologischen Gründen nur im Bürgerinformationssystem unter www.burgdorf-ratsinfo.de/bi zu dieser Sitzung abrufbar sowie dem Originalprotokoll als **Anlage 1** beigelegt.*

Herr Mazur erklärt, dass es in der Kernstadt ein bestehendes Straßennetz gibt, welches historisch gewachsen ist und zu berücksichtigen ist. Das Verkehrsverhalten wurde analysiert, woraus zu erkennen ist, dass das Auto noch für viele Verkehrswege genutzt wird. Die Erreichbarkeit der Innenstadt mit dem Auto spielt daher eine Rolle und es gibt aktuell wenig Alternativen. Daraus resultiert, dass nur eine vorsichtige Änderung des Verkehrsraumes eine Zustimmung in den Diskussionen gefunden hat. Weshalb auch die Variante 5 der Favorit aus dem Workshop ist und Inhalt des geforderten Verkehrsversuches ist.

Frau Paul erkundigt sich nach dem Zeitplan für den Verkehrsversuch. **Frau Frommelt** antwortet, dass für den Verkehrsversuch noch kein Auftrag erteilt wurde. Zunächst muss der Rahmen definiert werden, damit ein Angebot angefordert und der Auftrag erteilt werden kann. **Frau Paul** gibt zu bedenken, dass der Zeitplan sehr eng ist und demnach die Vorbereitungen zeitnah angeschoben werden müssen.

Frau Frommelt verweist auf die aktuellen Personalprobleme im Fachbereich Tiefbau, weshalb ein Verkehrsversuch derzeit nicht ausreichend vorbereitet werden und nicht bis zum Beginn des 2. Quartals 2023 starten kann. Zeitgleich soll auch der Schulwegplan umgesetzt werden, was ebenfalls mit dem derzeitigen Personal nicht machbar ist. **Frau Vierke** ergänzt, dass im Rahmen des Stellenplanes die Fachabteilungen Personalbedarf aufgezeigt haben, jedoch nicht alle Anforderungen wurden aufgenommen. Seitens der Politik muss eine Priorisierung der Projekte festgelegt werden.

Herr Palandt zeigt sich überrascht von den Äußerungen. **Herr Pollehn** erinnert an die Diskussion im Rahmen der Beratung des Antrages. Schon in der Sitzung hat er auf die Personalprobleme hingewiesen, die einen zeitnahen Verkehrsversuch nicht ermöglichen. Daher kann er nicht nachvollziehen, warum die Politik nunmehr überrascht ist.

Herr Apel fragt nach, warum eine unbefristete Stelle für den Verkehrsversuch eingerichtet werden muss, obwohl es nur ein befristetes Projekt ist.

Frau Vierke erläutert, dass derzeit nur eine Chance besteht Bewerber zu bekommen, wenn die Stelle unbefristet ausgeschrieben wird. Dafür wird eine andere Stelle im Stellenplan mit einem „künftig wegfallend“ Vermerk versehen. Nach Beendigung des Projektes werden somit andere Aufgaben aus dem Bereich Tiefbau übernommen.

Nach weiterer Diskussion wird festgestellt, dass die Verwaltung zunächst im Rahmen einer Vorlage aufzeigt, in welchem Zeitrahmen und unter welchen Bedingungen ein Verkehrsversuch durchgeführt werden kann. Dies solle zur Sitzung im Dezember vorgelegt werden, damit auch im Rahmen des Haushaltes entsprechende Entscheidungen möglich sind.

Weiterhin soll nochmal mitgeteilt werden, welche konkrete Aufgabenstellung die derzeitige Beauftragung des Büros PGT umfasst, ggf. durch Übersendung des Vertrages.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Ausführungen von Herrn Mazur zur Kenntnis.

**5. Sofortprogramm "Perspektive Innenstadt" - Änderungsantrag zur Beschlussvorlage 2022 0180 "Fußgängerzone zwischen Post und Adria Eiscafé" von Herrn Fleischmann, Die Linke, vom 16.06.2022
Vorlage: A 2022 0180/1**

Herr Fleischmann stellt seinen Antrag erneut vor. Seiner Meinung nach ist die Einrichtung einer Fußgängerzone in dem genannten Bereich erfolgversprechender als die Einrichtung einer Einbahnstraße.

Frau Paul erläutert, dass in den Workshops zum Mobilitätskonzept diverse Varianten diskutiert wurden. Daraus ist die Variante 5 mit der Einbahnstraße entstanden, worin die meiste Erfolgchance gesehen wird, aber auch von den Beteiligten mitgetragen wird.

Dem kann **Herr Palandt** nur zustimmen, daher lehnt er den Antrag entsprechend ab. Die Regelung der Einbahnstraße ist eine gemeinsam gefundene Alternative aus den Workshops.

Beschluss:

Der Antrag zur Einrichtung einer Fußgängerzone in der oberen Marktstraße zwischen Post und „Adria Eiscafé“ wird einstimmig abgelehnt.

**6. Neubau einer Brücke über die Bundesstraße 188 neu in Verlängerung des Ahrbergenweges - Antrag gem. Geschäftsordnung der FDP-Fraktion
Vorlage: A 2022 0222**

Von der Tagesordnung abgesetzt.

7. Stellenplan 2023/2024
Vorlage: BV 2022 0320

Frau Vierke erläutert, dass der Fachbereich Tiefbau Personalbedarf (2 Verkehrsplaner/in, 1 Landespfleger/in, 1 Bauhofleitung) angemeldet und den Bedarf auch entsprechend nachgewiesen hat. Allerdings ist nur die Stelle für eine gemeinsame Bauhofleitung der beiden Baubetriebshöfe im Stellenplan abgebildet. Nicht berücksichtigt ist u.a. eine Stelle, die die Schulwegplanung begleiten soll. Die Projekte im Fachbereich Tiefbau sind zu priorisieren, da nicht alle benötigten Stellen in den Stellenplan aufgenommen werden können. Der Stellenbedarf für die Umsetzung des Städtebauförderprogramms muss zusätzlich noch zu einem späteren Zeitpunkt ermittelt werden. Zudem wird eine Technikerstelle ab Januar 2023 unbesetzt sein; das Bewerberverfahren läuft aktuell.

Der vorgelegte Stellenplan 2023/2024 wird zur Kenntnis genommen.

8. Entwurf Haushaltssatzung 2023 / 2024
Vorlage: BV 2022 0314

Frau Frommelt berichtet, welche Produkte zum Teilhaushalt 4 und somit zum Fachbereich Tiefbau gehören und erkundigt sich, ob es zu einem dieser Themenbereiche Fragen gibt.

Herr Wackermann fragt nach, warum in den Jahren 2022/23 rd. 4-6 Mio. Euro für den Bereich Straßenausbau eingestellt wurden, jedoch im künftigen Haushalt nur noch rd. 1,4 Mio. Euro. Allein für die Umsetzung des Verkehrskonzeptes müssten doch wesentlich mehr Mittel eingestellt werden.

Frau Frommelt erläutert, dass das Schulwegkonzept zwar beschlossen wurde, allerdings ohne dafür Mittel bereitzustellen. Für den Verkehrsversuch wurden im Entwurf noch keine Mittel berücksichtigt, da die Höhe noch nicht feststeht. Entsprechende Mittel würden aber noch nachgemeldet.

Frau Vollmert ergänzt, dass das Schulwegkonzept viele Einzelmaßnahmen enthält. Für die weitergehende Planung müssen dann Bauprogramme aufgestellt werden, die dann auch Kosten enthalten. Da dies im Detail noch nicht vorliegt, konnten auch noch keine Mittel eingestellt werden, lediglich Planungskosten sind im Haushaltsplanentwurf. Ohne konkrete Planung soll keine pauschale Summe in der Finanzplanung berücksichtigt werden.

Herr Pollehn teilt mit, dass, sofern den Fraktionen für bestimmte Maßnahmen Haushaltsmittel fehlen, entsprechende Beschlüsse gefasst werden können, damit die Gelder eingestellt werden. Aktuell sind Mittel für Projekte angemeldet, die die Verwaltung auch in dem Zeitraum umsetzen kann.

Herr Fleischmann kann einem Doppelhaushalt nicht zustimmen. Seiner Meinung nach ist völlig unklar, welche Mittel man in den nächsten Jahren benötigt und somit das Werk Makulatur.

Der vorgelegte Entwurf zur Haushaltssatzung 2023/2024 wird zur Kenntnis genommen.

9. Entwurf Investitionsprogramm 2023 / 2024
Vorlage: BV 2022 0315

Herr Dr. Kaefer erkundigt sich nach den Mitteln für E-Lastenräder. Bereits 2022 wurden dafür Mittel eingestellt. Ihn interessiert, für welche Bereiche inzwischen solche Räder angeschafft wurden und wie die Nutzungserfahrungen damit sind. Auch im Bereich „zentrale Dienste“ sind 2023 Mittel für E-Bikes angemeldet. **Frau Vierke** sichert eine Antwort über Protokoll zu. Es werden sowohl von der Abteilung „zentrale Dienste“ E-Bikes und E-Lastenräder angeschafft, als auch im Rahmen des Klimaschutzes.

Antwort über Protokoll:

Die bisher genutzten E-Bikes/E-Lastenräder werden erfreulicherweise sehr intensiv und erfolgreich genutzt (u.a. Postwege, Hausmeisterdienste, Baumpflege etc.). Der Bedarf bzw. die Nachfrage nach E-Bikes/E-Lastenrädern steigt seit vielen Monaten - nicht zuletzt aufgrund der gestiegenen Spritpreise. Es sollen bzw. sollten mehrere E-Bikes und E-Lastenräder (Familienservicebüro, Hausmeisterdienste etc.) angeschafft werden. Im ersten Halbjahr 2022 gab es keine Möglichkeiten für diese E-Räder, nennenswerte Fördermittel zu erhalten. Erst seit August 2022 existiert eine ganz neue Förderrichtlinie von der Region Hannover, die für Kommunen hierfür nutzbar ist. Deshalb wurde die Beschaffung der E-Lastenräder im ersten Halbjahr 2022 zunächst zurückgestellt und die Förderung bei der Region Hannover (bis zu 80% Förderung und max. 20.000 € Förderbetrag) beantragt. Nach Erteilung der hierfür notwendigen Bescheide/Genehmigungen (vorzeitiger Maßnahmebeginn bzw. Förderbescheid) werden die beantragten Räder beschafft, wobei derzeit u.a. erhöhte Lieferfristen zu beachten sind.

Herr Dr. Kaefer verweist auf die bisherigen Informationen über die Aufstellungen von E-Ladestationen. Er möchte wissen, ob schon entschieden wurde, ob diese als Supercharger aufgestellt werden und ob es auch Lademöglichkeiten für E-Bikes geben wird.

Antwort über Protokoll:

Es werden verschiedene E-Ladestationen mit unterschiedlichen Typen von Ladesäulen geplant, d. h. sowohl sogenannte Wall-Boxen als auch (Super-) Schnellladestationen. Die konkrete Wahl hängt u.a. vom Standort, der Verweilzeit des E-Autos, der Frage der öffentlichen Zugänglichkeit, der Kosten, der Fördermöglichkeiten und auch der Nachfrageintensität des konkreten Standorts ab.

Eine Errichtung von E-Ladestationen für E-Bikes durch die Stadt selber an konkreten Standorten ist derzeit (noch) nicht geplant. Gründe dafür sind neben den Kosten u.a.:

- *Akkus von E-Bikes werden i.d.R. vor allem zu Hause oder beim Arbeitgeber geladen,*
- *bei Ausflügen oder ähnlichen Touren ergeben sich meist eine Vielzahl von Lademöglichkeiten in Restaurants, Ausfluglokalen, Hotels etc., da die üblichen E-Bikes mittels Ladegerät in den „normalen“ Steckdosen geladen werden können und*
- *reine E-Bike-Ladestationen sind - so zumindest die Erfahrungen aus anderen Kommunen - öfters nicht ausgelastet.*

Des Weiteren existiert im Gewerbepark Nordwest bereits eine E-Bike-Ladestation. Außerdem verfügen versierte E-Bike-/E-Lastenradfahrer häufig sogar über vollgeladene Ersatz-Akkus, wenn sie längere Strecken zurücklegen wollen.

Herr Wackermann teilt mit, dass für die Straßenführung Berliner Ring / Schulzentrum 2024/2025 Mittel in der Finanzplanung eingestellt sind. Er

fragt nach, ob es diesbezüglich schon einen Ratsbeschluss gibt. Dies verneint **Frau Vollmert**. Bislang wurde nur eine Vorplanung diskutiert, aber ohne Beschlussfassung. Lediglich provisorische Maßnahmen, die aus der Vorplanung entwickelt wurden, sind politisch beschlossen worden. Die Planung steht im Zusammenhang mit dem Neubau der Gudrun-Pausewang-Grundschule, welcher sich verschoben hat.

Herr Fleischmann fragt nach, warum für den Ausbau des Radweges Rohrkampsweg / Ahrbergenweg (Heeßel – Weststadt) keine Mittel mehr eingeplant sind. **Frau Vollmert** antwortet, dass für den Ausbau bereits Haushaltsmittel im laufenden Haushaltsjahr zur Verfügung stehen. Allerdings sollte über den Ausbaustandard eine überarbeitete Beschlussvorlage erstellt werden. Diese konnte aufgrund von Personalmangel aber noch nicht überarbeitet werden.

Der Entwurf des Investitionsprogrammes 2023/2024 wird zur Kenntnis genommen.

**10. Abdeckung der Kalirückstandshalde in Wathlingen
- Ergebnis des Mediationsverfahrens
Vorlage: BV 2022 0305**

Herr Brinkmann berichtet zum Ergebnis der Mediation. *Die Präsentation ist aus ökologischen Gründen nur im Bürgerinformationssystem unter www.burgdorf-ratsinfo.de/bi zu dieser Sitzung abrufbar sowie dem Originalprotokoll als **Anlage 2** beigelegt.*

Frau Paul teilt mit, dass eine hohe Verkehrsbelastung bleibt, weswegen sie nur bedingt zustimmen kann.

Herr Pollehn erläutert, dass die LBEG die Routen geprüft hat. Da dies klassifizierte Straßen sind, können diese den Verkehr aufnehmen. Aber es sollen Ausweichrouten geprüft werden. Die Route durch das FFH Gebiet ist sicherlich nicht die beste Lösung, jedoch würde diese Variante die Bürger*innen immens entlasten. Bedingung war, dass alle drei Alternativ-Routen geprüft werden. Kali+Salz hat bereits die finanzielle Unterstützung zugesagt, um in Sachen Lärmschutz und Sicherheit an den betroffenen Streckenabschnitten nachzubessern.

Herr Apel erkundigt sich, ob die alternative Strecke über Ehlershausen einen Konflikt bezüglich der nördlichen Erreichbarkeit mit den aktuellen Planungen zum Gewerbegebiet auslösen könnte. Dies verneint **Herr Brinkmann**. Das Verkehrsgutachten berücksichtigt bereits die zusätzlichen Verkehre, die in dem Falle kommen würden. Die Kreuzung kann diesen zusätzlichen Verkehr noch aufnehmen.

Herr Wackermann fragt nach, ob die ehemalige Kali-Bahn als Alternative geprüft wurde. **Herr Brinkmann** bestätigt, dass darüber diskutiert wurde. Das Problem ist, dass die Erlaubnis für die Museumsbahn gilt, aber nicht für einen Güterzug.

Herr Wackermann findet, dass die Anlieferung über die Schienen eine bessere Alternative ist, da dieser nicht so häufig wie ein Lkw fahren muss.

Herr Palandt meint, dass die Variante durch das FFH Gebiet wenig Chancen hat. Solange es eine alternative Route gibt, wird die Prüfung zu dem Ergebnis kommen, dass die Beibehaltung des FFH Gebietes Vorrang hat.

Grundsätzlich kann er dem Beschlussvorschlag zustimmen, allerdings bittet er darum, dass die Worte „dort insbesondere“ durch „und zwar“ ersetzt werden. Diese Änderung findet Zustimmung, so dass **Herr Palandt** über den so abgeänderten Beschluss abstimmen lässt.

Beschluss:

Dem Ergebnis des Mediationsverfahrens zum Umgang mit der Kalirückstandshalde „Niedersachsen“ in Wathlingen und der Grube „Niedersachsen-Riedel“ in Hänigsen (siehe Anlage, ~~dort insbesondere~~ und zwar Punkt A. „Geeinte Positionen“, Kapitel III ab S. 4, und Punkt B. „Position Uetze und Burgdorf“, S. 15) wird einstimmig mit 2 Enthaltungen zugestimmt.

11. Anfragen gemäß Geschäftsordnung

**11.1. Anfrage zur Erhöhung der Verkehrssicherheit vom 22.09.2022 der WGS FreieBurgdorfer
Vorlage: F 2022 0321**

Herr Dr. Kaever bedankt sich für die Antwort. Allerdings sind die Anlieger der Mönkeburgstraße über diese nicht erfreut. Er erkundigt sich, ob noch ein weiterer Ortstermin mit mehreren Anliegern erfolgen wird. **Frau Frommelt** informiert, dass ein weiterer Ortstermin nicht geplant ist. Zunächst soll die Region in dem Bereich eine Geschwindigkeitsmessung durchführen. Diese Messungen sollen abgewartet werden und dann wird entschieden, ob ggf. weitere Maßnahmen erforderlich sind.

12. Anregungen an die Verwaltung

Herr Gawlik bittet darum, dass in einer der nächsten Sitzungen über den aktuellen Stand zur Gründung einer Burgdorf GmbH informiert wird. Dies sichert **Herr Pollehn** zu.

Einwohnerfragestunde

Es sind keine Einwohner*innen mehr anwesend.

Geschlossen:

Bürgermeister

Ausschussvorsitzender

Protokollführerin